

Deutsche Industrie-Zeitung.

Organ für Handel, Industrie und Gewerbe.

30. Jahrgang.

Erscheinen: In Wochenheften, jeden Mittwoch. — Preis des Blattes: Jährlich 18 M. — Abonnementsverbindlichkeit: Halbjährlich.
Preis der Inserate: Für den Raum der Spaltzeile in Petit 20 Bfg. — Bezugsstellen: Sämmtliche Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes. — Einwendungen sind an die Redaktion und Inserate an das Inseratenbureau der Deutschen Industrie-Zeitung in Chemnitz, Theaterstraße 6/8, zu richten.

Inhalt: Streikverhütung. (Schluß.) † Die Aufrechterhaltung der Reichsbank. † Petroleummotor. † Der Weinimport und Weinexport über Hamburg in den Jahren 1887 und 1888. Ausfuhr nach Australien. † Die Reparatur elektrischer Haus-Telegraphen. † Der Mauerschutt und seine neue Verwerthung. † Zur Verhütung der Benzinbrände. † Poliren von Garkummi. — Literarisches: Zur Besprechung eingegangene Zeitschriften und Bücher. † Berichte der Deutschen chemischen Gesellschaft. † Rick u. Gintl, Karmarich und Heeren's Technisches Wörterbuch. † Osborne. Haben die vorgeschlagenen Neuerungen in unserer Zeiteintheilung Aussicht, eingeführt zu werden? † Voigt, Zinsstabellen für Institute, Kapitalisten, Landwirthe und Gewerbetreibende. † Stammer, Jahresbericht über die Untersuchungen und Fortschritte auf dem Gesamtgebiete der Zuckerverfabrikation. † Langbein, Vollständiges Handbuch der galvanischen Metall-Nieder schläge. — Technische Notizen. † Industrielle Notizen. † Fragen. † Beantwortungen. † Korrespondenz.

Streikverhütung.

(Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

(Schluß.)

Will man nun aber die Streikepidemie streikverhütend bekämpfen, so wird man zunächst sich daran zu halten haben, daß mindestens indirekt die Sozialdemokratie diese Epidemie veranlaßt hat. Das Bestreben wird sich also vor allen Dingen darauf zu richten haben, der sozialdemokratischen Einwirkung auf den Lohnkampf und auf den Abbruch des Arbeitsverhältnisses zu begegnen. Daß solche Einwirkung stattfindet, haben wir uns bereits aus dem Munde zweier sozialdemokratischen Führer sagen lassen und die Thatfachen belehren uns, wie diese Einwirkung neuerdings Fortschritte gemacht hat. Vom Einzelstreik ist man zu allgemeine und sogenannte Generalstreiks fortgeschritten. Heute genügt es ja längst nicht mehr, daß eine Arbeiterschaft, welche ihre Arbeitsbedingungen für verbesserungsfähig hält, streikt; sondern, wie wir von Herrn Frohme gehört haben, richtet sich die sozialdemokratische Einwirkung dahin, daß möglichst viele Arbeiterschaften streiken, in möglichst vielen Branchen gestreikt wird und daß in jedem dieser Fälle auch diejenigen Arbeiter die Arbeit niederlegen, welche an den erhobenen Forderungen der anderen schon deshalb gar kein Interesse haben, weil sie ihnen bereits bewilligt sind, oder weil sie selbst wissen, daß sie ihnen nicht bewilligt werden können. Die Sozialdemokratie strebt darnach, das Streiken zu verallgemeinern, der Streik soll nicht gegen den einzelnen Unternehmer sich richten, welcher gewisse Arbeitsbedingungen nicht erfüllen will — oder kann; sondern das Streiken soll sich gegen das Unternehmertum als solches richten; nicht die einzelne Branche, der man für den Arbeiter günstigere Bedingungen abzwängen zu wollen, sich den Anschein giebt, will man durch die Folgen des Streiks treffen, sondern das wirtschaftliche Leben der Nation.

Wenn dieses richtig ist, wenn die Einwirkung der Sozialdemokratie auf Generalisiren des Streikens abzielt, so wird man dieser Einwirkung entgegentreten müssen, indem man auf Lokalisierung der Streiks, auf Beschränkung der Streiks, auf einzelne Unternehmungen hinwirkt. Trägt also die Sozialdemokratie in den Lohnkampf die Tendenz des Generalisirens hinein, so sollte ihr die bürgerliche Gesellschaft die Tendenz des Lokalisirens des Streiks entgegenstellen und dieser dadurch Geltung verschaffen, daß die Unternehmer hauptsächlich nur zu dem Zwecke koalitisiren, um festzustellen, daß sie verweigern, als Gesamtheit mit den in allgemeinen Streiks Streikenden als solchen oder mit „Centralkomitees“ u. dergleichen zu verhandeln. Dieses schießt eine Vereinbarung über zu bewilligende Lohnbedingungen nicht aus. Es kommt darauf an, das „Größenthum“ der Generaldelegirten, Generalkomitees u. dgl. zu stellen. Das Verhandeln zwischen der Unternehmerschaft und den Streikführern befördert jenes „Größenthum“ der Streikmacher, giebt diesen eine ganz unverdiente Folie. Siehe man wiederholt die Erfahrung wirken, daß der Streikfrieden nur herbeigeführt werden kann, wenn sich der einzelne Arbeiter mit dem einzelnen Unternehmer verständigt, so wäre dem Prinzip des Generalisirens der Streiks die Spitze abgebrochen und sehr viele Arbeitseinstellungen würden damit verhütet werden. Gerade,

Deutsche Industrie-Ztg. Nr. 50. 1889.

indem man aber die Streikführer und Verfänger aus der Friedenverhandlung ausschließt, würde man gleichzeitig jenen persönlichen Kontakt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herstellen, von welchem diejenigen streikverhütende Wirkungen erwarten, die für Einigungsämter und Aeltestenräthe zu diesem Zwecke plädiren.

In dieser Richtung sind bereits einige thatächliche Versuche zu verzeichnen. In Berlin ist eine Vereinbarung der sämmtlichen Unternehmer der Eisen- und Stahlindustrie-Vereinsgenossenschaft geschlossen worden, nach welcher im Falle eines Ausstandes auf einem der beteiligten Werke aus der Streikverhütungs-Vereinigung eine freie Kommission, aus Mitgliedern der Vereinigung bestehend, die Beschwerden der Arbeiter untersucht, also Vertreter der Streikenden hört und die Gegenvorstellungen der Arbeitgeber prüft. Die Kommission entscheidet dann in schiedsrichterlicher Form, für die Arbeitgeber mit verpflichtender Wirkung. Nach dem Statut sind sämmtliche Mitglieder der Vereinigung gehalten, solche Arbeiter nicht zu beschäftigen, die trotz der Kommissionsentscheidung den Ausstand fortsetzen. Die zu hörenden Vertreter der Streikenden sollen außerhalb des etwaigen Streikkomitees gewählt werden. Ein ähnliches Vorgehen wurde bei dem Verbandstag der Schneiderinnungen Sachsens und Thüringens zur Durchführung empfohlen. Angesichts eines für das nächste Jahr geplanten allgemeinen Schneiderstreiks hatte man in Erfahrung gebracht, daß die ganze Bewegung in der Aufhebung der Gehülfsen durch einzelne Rädelsführer beruhe. Gegen Letztere richtet sich daher das Vorgehen der Innungen, welche sich verpflichteten, keinen derselben in Arbeit zu nehmen, ferner denselben das Innungsgeheim zu verweigern, ihnen auch das Kolportiren von Arbeitsmaterial in den Werkstätten zu verbieten; dagegen soll gerechten Forderungen der Gehülfsen entgegengekommen werden.

Nicht allen, aber gewissen Arten von Streiks wird man verhütend begegnen können, indem die Konsumenten sich unabhängig von der Unterbrechung der Produktion des Produzenten in gewissem Umfange machen. Hielte z. B. die Großindustrie, wie es die Eisenbahnen thun, Kohlenvorräthe, die ihren Bedarf nach Monatsfrist etwa decken, so würde eine Wiederholung des Kohlenstreiks niemals jene Gefahr für das gesammte Wirtschaftsleben der Nation darstellen, wie es derjenige im Mai d. J. thatächlich war. Zwar stehen dem theils technischen Bedenken, die Schwierigkeit des Magazinirens solcher Vorräthe, theils finanzielle entgegen, aber bei einer geeigneten Organisation dieser Vorberproviantierung sollten diese Schwierigkeiten wohl zu überwinden sein. Daß sogar auch ohne besondere Organisation diese Schwierigkeiten überwunden werden können, davon sich zu überzeugen, hatte der Schreiber dieses kürzlich im rheinisch-westfälischen Industriebezirke Gelegenheit. Dort sieht man mit ziemlicher Sicherheit einem zweiten Kohlenstreik entgegen; aber eine große Zahl von Werken, so z. B. Krupp in Essen haben sich auf denselben vorbereitet, indem sie auf längere Zeit, 4—6 Wochen, ihren Kohlenbedarf durch einen Kohlenvorrath sichergestellt haben. Zwar läßt sich dieses Mittel nicht für jeden Streikfall anwenden, aber es dürften gerade die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen sein, welchen man auf diese Weise vorbeugen kann. Streikverhütend wird man aber auf diese Art gerade hinsichtlich der von der Sozialdemokratie zu politischen Zwecken hervorgerufenen Streiks wirken, weil diese auf Störung und Schädigung unseres Wirth-